



HESSISCHER LANDTAG

15. 08. 2022

Kleine Anfrage

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) vom 08.07.2022

Windkraftanlagen: Genehmigungsdauer und Verzögerungsgründe und Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Wie viele Windenergieanlagen (WEA) in Hessen sind derzeit genehmigt?

Insgesamt wurden in Hessen seit 1998 1458 WEA genehmigt.

Frage 2. Wie viele WEA-Vorhaben sind derzeit im Genehmigungsverfahren?

Mit Stand 15. Juli 2022 befinden sich 277 WEA im Genehmigungsverfahren.

Frage 3. Wie lange dauerten die Verfahren der bisher genehmigten WEA in Hessen? Bitte um Angabe der minimalen, maximalen und durchschnittlichen Genehmigungsdauer.

Im Zeitraum der letzten 16 Jahre (2005 – 2021) belief sich der Genehmigungsverfahrenszeitraum für Windenergieanlagen (WEA) im Durchschnitt:

- ab Zeitpunkt der Antragsstellung = 30,3 Monate (nur Neugenehmigung),
- ab Zeitpunkt der Antragsstellung = 26,2 Monate (Neu- und Änderungsgenehmigungen),
- ab Zeitpunkt der Vollständigkeit der Antragsunterlagen = 14,2 Monate (nur Neugenehmigung) sowie
- ab Zeitpunkt der Vollständigkeit der Antragsunterlagen = 12,1 Monate (Neu- und Änderungsgenehmigungen).

Für die bisher im Jahr 2022 genehmigten 34 Windenergieanlagen (Stand 11. Juli 2022, nur Neugenehmigungen) belaufen sich die Verfahrenszeiträume im Durchschnitt auf:

- Zeitpunkt der Antragsstellung = 24,1 Monate und
- Zeitpunkt der Vollständigkeit der Antragsunterlagen = 14,9 Monate.

Das kürzeste Verfahren (minimale Genehmigungsdauer) belief sich in dem Zeitraum auf 1,5 Monate, das längste Verfahren (maximale Genehmigungsdauer) hatte mit einer Laufzeit von 94 Monaten der Windpark Lauterbach (von den Jahren 2013 bis 2019). In diesem letztgenannten Verfahren kam es zu artenschutzrechtlichen Nachforderungen, örtlichen Umplanungen und einem Typwechsel während des Verfahrens.

Frage 4. Wo lagen nach Ansicht der Landesregierung bisher die größten Schwierigkeiten auf dem Weg der Genehmigung und wo liegen sie bei den laufenden Genehmigungsverfahren?

Die Ursachen für lange Laufzeiten bei den Genehmigungsverfahren sind vielfältig. Das Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) verlangt eine Beteiligung aller Träger öffentlicher Belange, die von dem Verfahren betroffen sind. So werden in der Regel bis zu 25 Fachbehörden und andere Betroffene wie z.B. die angrenzenden Gemeinden im Verfahren angesprochen.

Alle diese Fachbehörden müssen gesetzliche Anforderungen prüfen und benötigen dazu aussagekräftige und ausreichende Unterlagen, die auf den örtlichen Einzelfall abgestimmt sind.

Häufig sind die vorgelegten Unterlagen zur Prüfung der Genehmigungsfähigkeit nicht ausreichend und die Fachbehörden stellen Nachforderungen, um die Anträge nicht ablehnen zu müssen. Gerade bei den komplexen Artenschutzbelangen sind häufig zusätzliche Gutachten mit zeitintensiven Nachermittlungen notwendig. In vielen Fällen benötigen diese Nacharbeiten ein Jahr oder länger.

Ebenso treten wegen Umplanungszeiten seitens der Antragstellerin zu einem anderen Anlagentyp oder wegen Standortwechsel der Anlage auf Grund von fehlenden Zugriffsrechten auf das Grundstück Verzögerungen ein. Da die Antragsunterlagen mit den dazu erforderlichen Gutachten für z.B. Lärmschutz, Schlagschatten oder Artenschutz genau auf den Standort zugeschnitten sein müssen, ist für eine Verschiebung der Anlage ein Änderungsantrag mit neu erstellten Antragsunterlagen notwendig.

Erst wenn die eingereichten Unterlagen vollständig vorliegen und auch qualitativ den Anforderungen entsprechen, können die Fachbehörden den Antrag inhaltlich prüfen.

Über den Genehmigungsantrag ist nach Vollständigkeit des Antrags innerhalb einer Frist von sieben Monaten, in vereinfachten Verfahren innerhalb einer Frist von drei Monaten, zu entscheiden. Diese Frist kann die Behörde mit einer Begründung um jeweils (ggf. mehrfach) drei Monate verlängern, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Prüfung oder aus Gründen, die dem Antragsteller zuzurechnen sind, notwendig ist. Treten während dieser Phase neue Erkenntnisse für die Genehmigungsbehörde auf, muss sie diesen nachgehen und eventuell weitere Unterlagen nachfordern (Amtsermittlungspflicht). Insbesondere mit Rücksicht auf die Antragstellerin und die erforderliche Dauer für die Erstellung der zeitintensiven Artenschutzgutachten wird von dieser Fristverlängerung häufig Gebrauch gemacht, da die Zeit sonst nicht ausreichen würde, die Unterlagen vorzulegen. Regelmäßig werden auch die gesetzlich vorgegebenen Fristen durch beteiligte Bundesbehörden nicht eingehalten.

Handelt es sich um ein förmliches Verfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit, sind die Antragsunterlagen nach Vollständigkeit zudem öffentlich auszulegen und die Öffentlichkeit hat Gelegenheit, Einwendungen zu erheben. Nach Auswertung der Einwendungen findet ein Erörterungstermin statt. Oftmals ergeben sich daraus weitere Prüfaufträge für den Antragsteller. Auch in vereinfachten Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung gehen häufig Stellungnahmen Dritter ein, die im Genehmigungsverfahren zu prüfen und zu berücksichtigen sind, bevor eine Entscheidung über den Antrag getroffen werden kann.

Die Fachbehörden formulieren in ihren Stellungnahmen Nebenbestimmungen und Auflagen, damit die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden können und sie dem Vorhaben zustimmen können. Häufig werden aber Angelegenheiten vorgetragen, welche zu ablehnenden Stellungnahmen führen, und die somit einen Ablehnungsbescheid für die Antragstellerin nach sich ziehen. Weil der Antrag und die mit ihm einzureichenden Unterlagen die Grundlage für die Genehmigungsfähigkeit der WEA schafft, sind die Genehmigungsbehörden bestrebt, auf die Vollständigkeit der Antragsunterlagen hinzuwirken und im Rahmen von Nebenbestimmungen sicherzustellen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Genehmigung erfüllt werden.

Ablehnende Stellungnahmen der Denkmalschutzfachbehörden, der Flugsicherung, des Deutschen Wetterdienstes, des Forst- und Naturschutzes oder der Bundeswehr können durch weitere Gespräche, Ortsverschiebungen der Anlagen, Höhenbegrenzungen, andere Maßnahmen und die Vorlage von Gutachten teilweise widerlegt und nach dem möglichen Ermessen dennoch positiv beschieden werden. Diese Vorgänge erfordern jedoch Zeit.

Frage 5. Bei wie vielen der genehmigten Vorhaben gehen Verzögerungen auf Einwendungen von Naturschutzverbänden zurück und bei wie vielen Vorhaben genügen die Aussagen der Betreiber/Planungsbüros zum Artenschutz in den Planungsunterlagen nicht den Ansprüchen der Regierungspräsidien?

Es werden keine Daten zu Aspekten der Anregungen und Bedenken einzelner Verfahrensbeteiligter erhoben, da das Vorbringen oft viele Einzelfragen umfasst, die wiederum von verschiedenen Verfahrensbeteiligten (Behörden, Verbände) gleichermaßen mitgeteilt werden. Grundsätzlich führen Stellungnahmen von Verfahrensbeteiligten nur dann zu Nachforderungen, wenn sich die Genehmigungsbehörde die in der Stellungnahme aufgeworfenen Fragen zu eigen macht, weil sie sie für plausibel hält.

Der Frage, in wie vielen Verfahren die Planungsunterlagen nicht den Ansprüchen der Genehmigungsbehörden genügen, ist zunächst entgegenzuhalten, dass es sich nicht um Ansprüche der Regierungspräsidien handelt, sondern um gesetzliche Anforderungen, die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu erfüllen sind. Der Umfang ist nicht zu beziffern, da eine detaillierte Übersicht über die Anzahl der Nachforderungen im Naturschutz nicht

vorliegt. Erfahrungsgemäß erfüllen die eingereichten Unterlagen in der Regel nicht die naturschutzrechtlichen Anforderungen, so dass in vielen Genehmigungsverfahren (auch) für WEA Nachuntersuchungen seitens der Oberen Naturschutzbehörden angefordert werden müssen.

Frage 6. Wie viele der genehmigten Vorhaben (WEA) liefen über ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung?

Für den Zeitraum der Jahre 2010 bis 2021 (frühere Zahlen liegen nicht vor) wurden von insgesamt 817 Verfahren 203 Verfahren mit einer Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Die Pflicht für eine Beteiligung der Öffentlichkeit greift ab einer Windparkgröße von 20 oder mehr Windenergieanlagen oder wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich wird. Dennoch beantragen die Antragstellerinnen sehr häufig die freiwillige Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung, um eine erhöhte Akzeptanz des Vorhabens bei den umliegenden Bewohnerinnen und Bewohnern zu erreichen.

Wiesbaden, 7. Juli 2022

In Vertretung:
Oliver Konz